Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden. Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 5000,— M., durch die Post bezogen monatlich 5000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750,— M. Einzelnummer 200,— M. Sonnabendnummer 300,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 400,— M., auswärts 500,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 1500,— M., auswärts 1800,—, Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 150 M

Nr. 91 | Dresden, Donnerstag den 19. April 1923 | 34. Jahrg.

Vom Patriotismus der Besitzenden

Der neue Marksturz

Seit Mitte Februar war es der Reichsbank durch eine künstliche Stützungsaktion gelungen, den Dollar etwa auf der Höhe von 21 000 zu halten. An der Berliner Börse von gestern ist der Dollarkurs plötzlich auf etwa 25 000 gestiegen und in Neuyork ist die Mark auf einen Stand herabgesunken, der einem Dollarkurs von 30 300 entspricht. Ueber die Ursachen des plötzlichen Marksturzes wird berichtet, daß die Reichsbank ihr seit langem täglich fortgesetztes Eingreifen zur Stützung der Mark eingestellt habe. Dabei soll es sich angeblich nicht um eine grundsätzliche Aenderung der bisherigen Pläne handeln, sondern nur um eine taktische Maßnahme.

Die Devisenspekulation habe, so wird berichtet, die bisherigen Schritt der Reichsbank ausgenützt und die von der Reichsbank zum Verkauf gestellten Devisen aufgekauft und das sei nicht der Zweck der ganzen Aktion. Man dürfe aber, so wird weiter behauptet, nicht glauben, daß die Mittel der Reichsbank nicht ausreichen, um in jedem geeignet erscheinenden Augenblick wieder die Regulierungsarbeit auf dem Devisenmarkt aufzunehmen. Es sei keinerlei Anlaß zu irgend welcher Panikstimmung, denn die Reichsbank sei jeden Augenblick in der Lage, ein dem heutigen Wirtschaftsstand angemessenes Niveau für die deutsche Mark herbeizuführen. So die Beruhigungspillen, die offenbar von offiziöser Seite verschickt werden.

Schon längst war es der Wunsch weiter Kreise in Handel und Industrie, daß durch eine neue Devisensteigerung das Wirtschaftsleben von neuem aufgepeitscht werden möge. Man sehnt sich nach neuen Geldentwertungsgewinnen. Statt daß man versucht, durch eine sorgfältige Kalkulation und durch eine Rationalisierung der Betriebe die Preise herabzusetzen, will man weiter so bequem wirtschaften wie bisher. In einer Zuschrift, die der Dresdner Anzeiger von seiner Berliner Schriftleitung erhält, heißt es: „Die Differenzen, die zwischen der Reichsbank und den Industriekreisen in der Frage der notwendigen Höhe des Devisenkurses bestehen, scheinen jetzt im Sinne der Industrie entschieden zu sein." Also die Herren von der Großindustrie, die ja in dem Deutschland der Herren Cuno und Becker allmächtig sind, sind wieder einmal Sieger geblieben.

Es heißt zwar, daß der vorübergehende Marksturz nicht dazu ausgenützt werden dürfe, um die Warenpreise ungerechtfertigt zu steigern. Man soll dem Volke doch nichts vormachen! Keine Regierung ist heute noch, wo wir fast allenthalben die freie Wirtschaft haben, imstande, zu verhüten, daß die Preise sofort dem Dollar nachfolgen, und das ist ja auch der Zweck der Uebung. Nur weil sie eben ein neues Steigen der Warenpreise wünscht, hat die Industrie zu einer Unterbrechung der Stützungsaktion der Reichsbank gedrängt. Eine neue Valutaentwertung bedeutet neue Not und neues Elend für Millionen von Menschen. Sie hat zur Folge, daß Löhne und Gehälter wieder ein erhebliches Stück hinter den Preisen zurückbleiben. Man wird die Arbeiter und Angestellten mit dem Hinweis zu trösten versuchen, daß durch die neue Devisensteigerung die Arbeitslosigkeit vermindert wird. Aber wenn überhaupt jemals die Stützungsaktion der Reichsbank wieder aufgenommen werden soll, so kommen wir über kurz oder lang doch auch wieder in die Krise hinein. Es ist nicht einzusehen, was mit einer bloßen Verschiebung der Krise gewonnen werden kann. Welche Mittel angewendet werden müssen, um die Krise ohne neue Geldentwertung zu überwinden, haben wir erst vor einigen Tagen ausgeführt: Unsre Unternehmer dürfen nicht mehr so viel Gewinn einkalkulieren und müssen ihre Betriebe technisch und organisatorisch besser ausgestalten, damit die Preise herabgesetzt werden können. Verfügt die Reichsbank tatsächlich über genügend Mittel, um den Markkurs zu halten, so ist die Unterbrechung der Stützungsaktion, die offenbar auf Veranlassung der Großindustrie erfolgt ist, ein Verbrechen gegen das deutsche Volk.

Es darf allerdings dabei nicht verkannt werden, daß die Stabilisierung der Mark in den letzten Wochen auf einer sehr ungenügenden Grundlage erfolgt war, so daß es uns von Anfang an zweifelhaft erschien, ob die Reichsbank auf die Dauer ihre Stützungsaktion würde durchhalten können. Auf die tieferen Ursachen unsrer Geldentwertung, den elenden Stand unsrer Zahlungs- und Handelsbilanz haben wir oft genug hingewiesen. Die Entwertung unsrer Valuta rührt daher, daß wir eben im Ausland sehr stark verschuldet sind, daß wir dauernd an das Ausland viel mehr zu bezahlen haben, als wir vom Ausland zu bekommen haben, und daran hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres sicher nichts geändert, im Gegenteil, unsre Handelsbilanz dürfte sich infolge des französischen Einbruchs an der Ruhr noch wesentlich verschlechtert haben. Einmal, weil unsre Ausfuhr erschwert ist, und weil wir gewaltige Mengen englischer Kohle haben einführen müssen.

Eine dauernde Stabilisierung unsrer Valuta scheint uns nur möglich zu sein, wenn wir unsre Zahlungs- und Handelsbilanz wesentlich verbessern. Damit soll nicht gesagt sein, daß eine solche Stützungsaktion, wie sie die Reichsbank unternommen hatte, nutzlos ist. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben schon seit vielen Monaten verlangt, daß die Reichsbank in der Weise auf dem Devisenmarkt eingreifen möge, wie das dann tatsächlich geschah. Für unsre Wirtschaft ist es von großem Wert, wenn wir zunächst einmal wenigstens eine Zeitlang von neuen Geldwertschwankungen nicht beunruhigt werden. Es kann in dieser Zeit ein Gesundungs- und Erholungsprozeß einsetzen. Nur darf man sich mit rein finanztechnischen Maßnahmen nicht begnügen. Sie müssen ergänzt werden durch eine energische und rücksichtslose Wirtschaftspolitik, die durch Steigerung der Produktion auf der einen, durch rücksichtslose Eindämmung des entbehrlichen Verbrauchs und der entbehrlichen Einfuhr auf der andern Seite unsre Zahlungs- und Handelsbilanz zu bessern versucht. Sehr erheblich könnte eine Stützungsaktion erleichtert werden durch die Erfassung der Sachwerte, die Beteiligung des Reiches am Besitz in Industrie und Landwirtschaft, weil dadurch dem Reiche ein Mittel in die Hand gegeben würde, um im Ausland Devisen zu erlangen. Aber zu einer energischen, auf die Stützung der Mark gerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik hat man sich in Deutschland nicht aufschwingen können, weil zu kapitalistische Interessen dem entgegenstehen.

Die neuesten Vorgänge auf dem Devisenmarkt sind wieder ein neuer recht interessanter Beitrag zu dem großen Kapitel vom Patriotismus der besitzenden Klassen. In einer Zeit, wo weite Kreise unsers Volkes im Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus so schwere Opfer bringen, gibt man nicht eher Ruhe, als bis die Reichsbank wieder für das Hinaufklettern des Dollars und der Preise die Bahn freigibt, damit man sich bequem den Geldbeutel füllen kann. In den letzten Tagen haben im sächsischen Landtag die bürgerlichen Parteien Zeter und Mordio darüber geschrien, daß der sächsische Ministerpräsident von dem mangelnden Opfermut der Besitzenden gesprochen hat. Der Ansturm der Industrie gegen die Stützungsaktion der Reichsbank, der jetzt den ersehnten Erfolg hatte, zeigt von neuem, welch elende Heuchelei derartiges Gerede ist. Die Leute vom Großkapital lassen sich, wie die Ereignisse zeigen, durch den Abwehrkampf an der Ruhr nicht im geringsten davon abhalten, ihre Interessen rücksichtslos zu verfolgen und ihre Vertreter in den Parlamenten täten recht gut, wenn sie lieber den Mund halten würden. Sie haben kein Recht dazu, einem Vertreter der besitzlosen Klassen mangelnde Rücksicht auf vaterländische Interessen vorzuwerfen.

Hätten sie zu Reigners treffenden Feststellungen ehrlich geschwiegen, so stünden sie heute nicht so peinlich als die Blamierten da!

Die zweideutige Regierungspolitik

Die außenpolitische Debatte im Reichstag hat am Mittwoch ihren Abschluß gefunden, ohne daß ein positives Ergebnis über den taktischen Weg, der im gegenwärtigen Augenblick zu beschreiten ist, erzielt wurde. Einmütigkeit ergab sich nur über das Ziel des Abwehrkampfes: Die Entsetzung des Ruhrgebiets von den belgischen und französischen Truppen. In den taktischen Möglichkeiten, die uns diesem Ziele näherführen können, besteht lediglich zwischen zwei großen Parteien des Reichstages, zwischen der Sozialdemokratie und der Volkspartei, eine gewisse wesentliche Uebereinstimmung. Alle andern Parteien, abgesehen von den Kommunisten, sind mehr oder minder der Auffassung, daß die Regierung ihre Politik auch in taktischer Hinsicht in dem bisherigen Sinne fortführen soll. In Anbetracht dieser taktischen Meinungsverschiedenheiten wäre ein Wort der Regierung notwendig gewesen. Der hierzu berufene Außenminister zog es jedoch vor, nicht mehr zu sprechen. Weder hatte er das Bedürfnis, in diesem Augenblick die geteilten Meinungen über die Taktik auf eine Linie zu vereinigen und damit vor dem In- und Ausland die Führung in dem Abwehrkampf zu übernehmen, noch den Mut, klar auszusprechen, was der Augenblick erfordert. Damit ist der Eindruck erweckt worden, daß die Reigerung die bekannte Politik der Zweideutigkeit fortsetzen will.

Die Abwehrkraft der deutschen Arbeiterschaft wird durch diese Haltung nicht gestärkt, und auch im Ausland dürfte die Auffassung über Deutschlands Verständigungsbereitschaft bei der Einstellung der Regierung nicht zunehmen. Was soll geschehen? Es ist sinnlos, im Augenblick über die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierung zu sprechen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist der Auffassung, daß die gegenwärtige Regierung das Ruhrabenteuer liquidieren muß, und sie wird zu ihrem Teil dazu beitragen, daß das erfolgreich und bald geschieht. Die Verhältnisse sprechen dafür, daß die Zeit kommen wird, in der auch die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, einsehen, daß die Politik, die gegenwärtig von der Sozialdemokratie verfochten wird, die einzig richtige und mögliche ist. Mit gutem Recht hat Genosse Breitscheid das am Mittwoch den bürgerlichen Parteien in öffentlicher Reichstagssitzung ins Gesicht gesagt. Das Interesse des Volkes, der Wille der Arbeiterschaft, werden die deutsche Regierung zu der Einsicht zwingen müssen, daß ein offizieller Vorschlag an die Entente eine dringende Notwendigkeit ist.

Die Not der Zeit spricht für diese Erwartung. Nichts wird die Sozialdemokratie unterlassen, um dieser Entwicklung zur Verwirklichung zu verhelfen. Aber es ist auch die Pflicht der Gewerkschaften, jetzt einzugreifen, der Regierung den Ernst der Stunde klar zu machen und von ihr einen positiven Vorschlag an die Entente zu verlangen. Die Bergarbeiterschaft an der Ruhr hat erst vor wenigen Tagen in diesem Sinne gehandelt. Sie muß ihr Verlangen erneut mit Nachdruck stellen. Nicht der jetzige Wille der Regierung darf in diesem Kampfe ausschlaggebend sein, sondern vor allem der Wille der Bevölkerung, die an der Ruhr den Abwehrkampf führt, und der zugleich der Wille des gesamten sozialistischen Volkes ist.

Die bewaffnete Gegenrevolution

Weimar, 18. April. (Eig. Drahtbericht.)

Auf die Anfrage eines bürgerlichen Abgeordneten wurde in der heutigen Sitzung des thüringischen Landtages vom Minister des Innern, Hermann, folgende Antwort erteilt:

Das in Weida, Meiningen, Hildburghausen, Ilmenau und Arnstadt beschlagnahmte Material der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bezw. der Deutschen Freiheitspartei, hat derartig schwerwiegende Aufklärungen verschafft, daß sich die Staatsanwaltschaft genötigt gesehen hat, das gesamte Material unter dem 31. März 1923 dem Herrn Oberreichsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig vorzulegen, da aus dem gefundenen Material hervorgeht, daß die durch das Material belasteten Organisationen und Personen sich des Hochverrats, der Geheimbündelei, der Organisierung bewaffneter militärischer Verbände und schwerer Verstöße gegen den § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik schuldig gemacht haben. Dieses Material, wie auch das im Besitz des preußischen Ministeriums des Innern befindliche Material ergeben ein klares Bild über folgende Tatsachen:

1. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat versucht, in Thüringen Hundertschaften militärischer Natur zu organisieren.

2. Die Deutschvölkische Freiheitspartei ist in Thüringen nur gegründet, um die in Thüringen verbotene Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zu ersetzen resp. zu unterstützen.

3. Wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit ihren Hundertschaften, so hat die Freiheitspartei ihrerseits versucht, in Thüringen Kampforganisationen zu bilden. Diese Kampforganisationen führen offiziell den Namen Turnerschaften und haben ausgesprochen militärischen Charakter. Sowohl die Hundertschaften der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wie auch die „Turnerschaften" der Deutschen Freiheitspartei sollen im Schießen ausgebildet werden.

4. Das vom Polizeipräsidium Berlin, Abteilung 1a, aufgedeckte und dem Oberreichsanwalt vorgelegte Material gibt Aufschluß darüber, daß am 17. März in Potsdam in einer Geheimkonferenz Roßbach die Absicht zum Ausdruck brachte, den Bürgerkrieg für Ende März, Anfang April in die Wege zu leiten. Bis zum 28. März 1923 sollten alle Kampforganisationen der Deutschvölkischen Freiheitspartei Aufstellungen über die vorhandenen Waffen machen.

5. Die Geständnisse in Thüringen Verhafteter ergeben, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihren Mitgliedern und Organisationen in Thüringen Anweisung gegeben hatte, alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen und solche Waffen, die sie aus befreundeten Kreisen heranziehen konnten, schleunigst an die in Nordbayern stehenden Kampftruppen der Nationalsozialisten abzuführen. Mitglieder bzw. Organisationen haben den Befehl, sich auf ihnen zukommenden Wink hin unverzüglich in Nordbayern zu melden.

6. Eine Reihe weiterer Vorgänge, wie die Verhaftung der Kuriere in Weida, die Aufstellung eines Jägerregiments Oberfranken mit Zügen und Halbzügen, die in Thüringen gebildet worden sind, u. a., ist der Oeffentlichkeit durch das Pressеamt bekanntgegeben worden.

•

Wenn die bürgerliche Presse sich über Bedrohung der Rechtssicherheit entrüsten will — bitte, die von der thüringischen Regierung veröffentlichten Feststellungen reichen zu einigen Artikeln. Hier handelt es sich auch nicht um Abwehrorganisationen, sondern um bewaffnete Kampftruppen, die für den kommenden Putsch gegen die Verfassung bestimmt sein sollten. Wo bleiben die Privattelegramme über diese Sensationen? Ein Narr, wer die erwartet. Es handelt sich ja hier um fascistische antirepublikanische, nicht um republikanische Organisationen. Ja Bauer, das ist was ganz andres. Wirkliche Bedrohungen der Republik regen die bürgerliche Presse erheblich weniger auf als diese proletarischen Abwehrorganisationen, die sich vermessen, die Verfassung im Ernstfall schützen zu helfen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230419/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG